

# Die Entscheidung im Arbeitersport und die Aufgaben der Partei

Autor(en): **Weber, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **8 (1928-1929)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-329988>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

setzen. Sie kann im Hinblick auf den Zweck der Sozialversicherung manches Opfer bringen und hat schon manches Opfer gebracht. Aber sie kann sich nicht Forderung um Forderung bei der Alkoholfrage entwinden lassen und sich zum Werkzeug einer Reform hergeben, die ihren volkshygienischen Zweck vollständig verfehlt, und sie kann nicht dazu noch Gefahr laufen, am Ende des verlorenen Kampfes ohne die Sozialversicherung dazustehen.

Die Wege, die Musy hinsichtlich der Sozialversicherung eingeschlagen hat, sind falsch. Es sind keine Wege, es sind Abwege. Wer die Sozialversicherung ernsthaft will, muß nach den bisherigen Erfahrungen umgekehrt vorgehen. Notwendig ist jetzt, daß zunächst einmal der Gesetzesentwurf für die Versicherung vorgelegt wird. Dann weiß man, ob die wiederholten Versprechungen ernst zu nehmen sind. Durch die rasche Vorlegung des Entwurfes schafft man Vertrauen. Durch die rasche Beratung des Entwurfes erhöht man dieses Vertrauen. Dieses Vertrauen wird auch für die Alkoholreform günstigere Auspizien schaffen. Mit der Behandlung des Versicherungsentwurfes müßte die Behandlung der Tabaksteuer Hand in Hand gehen. Dann sichert man vorab die Teilfinanzierung und erleichtert die Erschließung der restlichen Steuerquelle.

Jedes andere Vorgehen erzeugt Mißtrauen. Jedes andere Vorgehen führt dazu, daß die Opposition gegen den Alkoholartikel wächst. Weite Kreise werden sich sagen: solange das Versicherungsgesetz nicht unter Dach ist, wissen wir nicht, was wir bekommen. Solange wir das nicht wissen, sind wir nicht geneigt, Mittel zu bewilligen, die Belastung aus der Alkoholreform zu übernehmen, ohne die Garantie zu haben, daß nachher eine Sozialversicherung zustande kommt, die mit den in Aussicht gestellten Leistungen übereinstimmt.

Die Sozialdemokratie darf an dieser Steigerung des Mißtrauens nicht mitschuldig werden. Sie muß Herrn Musy klar und unmißverständlich sagen: Zuerst das Versicherungsgesetz, gleichzeitig die Tabaksteuer und dann die Alkoholreform, und wenn das nicht beliebt, schau zu, wie du deine Alkoholreform durchbringst.

---

## Die Entscheidung im Arbeitersport und die Aufgaben der Partei.

Von *Ernst Weber*, Zürich.

Klar und deutlich bekundet der Schweizerische Arbeiter-Turn- und Sportverband seinen Willen zur engen Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei und dem Gewerk-

schaftsbund. Der entscheidende Beschluß ist die Frucht einer erfreulichen Entwicklung der Arbeitersportbewegung. Er kam nicht von ungefähr, nicht von außen aufgezwungen. Die Partei hat nicht danach gerufen, sondern die Zentrale hat aus sachlichen Gründen dem Verbandsantrag gestellt, gezwungen durch die Notwendigkeit, den Boden der strikten Neutralität gegenüber den politischen Parteien zu verlassen.

In den Nachkriegsjahren nahm der Arbeitersport einen ungeheuren Aufschwung. Die Eroberung des Achtstundentages und die scharfen klassenkämpferischen Auseinandersetzungen waren die Voraussetzungen. Innerhalb drei Jahren wuchs der Verband von 4000 auf 14,000 Mitglieder an. Um diesen Aufschwung nicht zu gefährden durch die zersetzenden Auswirkungen der Parteispaltung, beschloß der Verband 1921 in Olten, den beiden Arbeiterparteien gegenüber strikte Neutralität auszuüben. Die Kommunisten haben aber nie gezauert, entsprechend ihrer Taktik in den Gewerkschaften, in der Sportbewegung ihren Einfluß zu stärken. Durchaus nicht ohne Erfolg. Sie haben aber dem Verbandsantrag auch wiederholt Schwierigkeiten bereitet durch Disziplinbrüche, mit denen die Zentrale allerdings fertig wurde, ohne die Einheit gefährden zu müssen. Wir wollen offen eingestehen, daß aus diesen Erscheinungen heraus vielerorts unsere Genossen die Arbeitersportbewegung mißtrauisch betrachteten und ihr wenig Gegenliebe bezeugten. Die Wendung kam aber verhältnismäßig sehr rasch. Der Verband wuchs immer langsamer, und im Jahre 1924 ging er sogar um 7 Vereine und 900 Mitglieder zurück. Die sozialdemokratischen Sportgenossen, die stets in der Mehrheit gewesen waren, begannen einzusehen, daß sie sich an die Partei anlehnen müssen, um die Sportbewegung wirksam zu fördern. Auf lokalem Boden wurde die Propaganda dadurch sofort gestärkt. Auch die Zentrale, die vorher sich nur dem Ausbau und der inneren Organisation des plötzlich so riesig gewachsenen Verbandes gewidmet hatte, erkannte diese Notwendigkeit des Zusammenarbeitens mit Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaftsbund. Ganz selbstverständlich ergab sich aus dieser neuen Einstellung eine erhöhte Anstrengung zur sozialistischen Beeinflussung und Erziehung der Sportler durch den Verband. Auf dieser Grundlage gestaltete sich das Verbandsfest 1926 in Bern zu einer machtvollen Demonstration der Arbeiterschaft. Auch 1928 konnte nur das einmütige Mitarbeiten von Partei und Gewerkschaften das Kreisfest in Arbon zu einer prächtigen proletarischen Feier erheben. Seit 1925, seit dieser Anlehnung an die Partei und die Gewerkschaften, zeigte der Verband wieder einen stetig größer werdenden Zuwachs an Vereinen und Mitgliedern. Diese Früchte wollte und durfte der Verband aber nicht bloß als Geschenk hinnehmen. Die Zusammenarbeit verlangt gegenseitig

praktische und moralische Unterstützung. Die Zentrale gab die Parole aus: Treue gegen Treue — und forderte die Mitglieder in Abstimmungs- und Wahlkämpfen auf zur Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Unverzüglich kam nun von den Kommunisten der Ruf nach der strikten Einhaltung der Neutralität. Als richtige Folge der ganzen Entwicklung stellte deshalb die Zentrale der Delegiertenversammlung 1929 in Aarau den Antrag:

«Der Beschluß der Verbandsdelegiertenversammlung 1921 in Olten, wonach der Verband strikte Neutralität gegenüber den beiden politischen Arbeiterparteien zu beobachten habe, wird aufgehoben. Die Geschäftsleitung wird beauftragt, mit der Sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsbund in Verbindung zu treten und Richtlinien über die Zusammenarbeit des SATUS (Schweiz. Arbeiter-Turn- und Sportverband) mit diesen beiden Organisationen aufzustellen. Durch diese Zusammenarbeit wird die organisatorische Unabhängigkeit und Selbständigkeit des SATUS nicht berührt.»

Mit 32 gegen 12 Stimmen wurde er beschlossen und der Urabstimmung unterstellt. Nach heißem Kampf ist die Entscheidung gefallen: mit 3753 gegen 2584 Stimmen wurde der Aarauer Beschluß gutgeheißen. Um dieses Resultat würdigen zu können, müssen wir die Voraussetzungen und die Verhältnisse etwas genauer betrachten.

Von den sozialdemokratischen Sportgenossen war für die Begründung ohne Rückhalt erklärt worden: wir wollen ein wirksames Bündnis mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften. Die in der Einleitung dieses Artikels geschilderte Entwicklung beweist aufs deutlichste die Notwendigkeit dazu. Nur gemeinsame Propaganda sichert dem Arbeitersport die Gewinnung der Massen. Allein käme der SATUS an diese nicht heran. Unser Erstarken wird das Bürgertum zu immer erbitterterem Kampf gegen uns treiben. In den Parlamenten und Verwaltungsbehörden kann nur die starke Vertretung der Sozialdemokratischen Partei unsere Forderungen durchsetzen. Sozialistische Erziehung der Mitglieder, besonders der sporttreibenden Arbeiterjugend, ist undenkbar ohne die tatkräftige Mitarbeit von Partei und Gewerkschaft. Wir können aber diesen beiden Organisationen nicht zumuten, mit uns die riesigen Aufgaben zu lösen, während unter dem Schutze der Neutralität die Kommunisten für ihre Partei nach besten Kräften versuchen, ein Geschäft zu machen und diese Neutralität bedenkenlos verletzen, wenn sie eine Gelegenheit sehen, gegen die Sozialdemokratie zu hetzen und für die eigene Partei Propaganda zu machen.

Diese klare Formulierung behagte den Kommunisten nicht. Argumente gegen diese Gründe waren nicht zu finden. Noch

an der Delegiertenversammlung in Aarau hatte ein Basler Vertreter ohne Scheu proklamiert, daß die Kommunisten die Beschlüsse der Verbandsinstanzen mit allen Mitteln bekämpfen werden (es handelte sich um das Verbot des sportlichen Verkehrs mit Rußland). Der Kampf werde geführt, bis die Bewegung den reformistischen Führern entrissen und der Roten Sportinternationale zugeführt sei. Von einer solchen offenen Auseinandersetzung hörte man aber im Abstimmungskampf kein Wort. Auch das sonst übliche Geschrei über die veräterischen Sozialdemokraten und die reformistische Verbandsleitung unterblieb. Dafür wurde in den sanftesten Tönen der liebe Friede im Verband empfohlen: strikte Neutralität. Es sei doch ungerecht, andersdenkende Mitglieder zu unterdrücken und womöglich herauszuwerfen, um einer politischen Partei näherzukommen. Ohne Zweifel war diese Haltung sehr erfolgreich. Das zeigt sich besonders deutlich bei den eigentlichen Sportlern, Fußballern, Schwimmern, Boxern, die mit über 1000 gegen 133 Stimmen verworfen haben. Hier handelt es sich meistens um junge Mitglieder, die noch keine politische oder gewerkschaftliche Schulung besitzen. Vielfach sind sie aus dem bürgerlichen Lager herübergekommen (diese Sportarten sind im Arbeitersport noch sehr jung) und haben zum Teil die veraltete, falsche Auffassung mitgebracht: Sport ist Sport und hat mit Politik nichts zu tun. Gerade diese jungen Zweige der Bewegung haben bisher nur eine ungenügende Unterstützung durch die Arbeiterschaft erhalten und waren deshalb auch aus Gründen der Verstimmung der kommunistischen Propaganda leichter zugänglich.

Die Behandlung der Abstimmungsergebnisse der Sektionen zeigt, daß auch an einigen Orten, wo die Kommunisten in verschwindender Minderheit sind, doch verworfen wurde. Es sind dies Orte, wo das Verhältnis zwischen Sozialdemokratischer Partei und Arbeitersportorganisation getrübt war aus irgendeinem Grunde. Wohl findet sich gelegentlich der Fehler auf auf seiten der Turner, aber in den meisten Fällen liegt die Ursache in der noch wenig verständnisvollen Einstellung der dortigen Parteifunktionäre.

Von den etwa 23,000 stimmberechtigten Mitgliedern hat sich ungefähr ein Viertel an der Abstimmung beteiligt. Unsere Parteipresse hat sich teilweise nur zurückhaltend am Kampfe beteiligt. Die K. P. - Presse dagegen hat mit Hochdruck ihre Leute angepeitscht. Tatsächlich ist deshalb die Stimmbeteiligung dort stärker, wo ihr Einfluß hinreicht, als im übrigen Verbandsgebiet. So läßt sich dann die verhältnismäßig hohe Zahl von verwerfenden Stimmen erklären. Die Kommunisten haben herausgeholt, was ihnen nur möglich war. Sie haben es verstanden, einen Teil der Mitglieder zu täuschen, welche nicht

begriffen, daß wir mit der Sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsbund ein Bündnis wollen, ohne die Selbständigkeit des SATUS anzutasten, während die Kommunisten heute von Neutralität sprechen, aber alles dransetzen, um aus der Sportbewegung eine Parteiinstitution zu machen. Hätten sie offen gekämpft, dann wären Hunderte von Nein-Stimmenden kräftige Ja-Sager gewesen. Nach diesen Feststellungen kann ohne Bedenken als Gewißheit angenommen werden: der Schweizerische Arbeiter-Turn- und Sportverband will ein ehrliches Bündnis mit unserer Partei und dem Gewerkschaftsbund, um die großen und wichtigen Aufgaben, die er zu lösen hat, zu erfüllen.

Wie wird nun die Partei auf diesen Ruf antworten?

Wir müssen ausgehen von dem Grundsatz, daß das Ziel des Arbeitersportes: körperliche Ertüchtigung des Volkes zur Hebung seiner Gesundheit eine sozialistische Aufgabe ist. Gerade unsere Klassengenossen brauchen eine systematische Körperpflege. Niemand ist in gleichem Maße körperlicher Schädigung ausgesetzt wie der Proletarier. Wirtschaftliche Not, zermürbende Lohnarbeit in der Fabrik, in der Werkstatt und im Bureau, die Sorgen, welche keiner Arbeiterfamilie erspart sind, zehren an seinem Körper und Geist. Um das nötige Gegengewicht zu schaffen, muß der Turn- und Sportbetrieb so gestaltet sein, daß er wirksames Gesundheitsturnen ist. Nicht Züchtung von Höchstleistungen, sondern Uebungen, die von jedem Arbeiter, von jeder Arbeiterin erlernt werden können: Massensport. Spiele und Wettkämpfe, um Geschicklichkeit, Gemeinschaftssinn und Mut zu fördern. Wir dürfen behaupten, daß der SATUS in diesem Sinne sich entwickelt, wenn auch selbstverständlich noch nicht alle Ideale erreicht sind. Die Gründung von Männer- und Frauengruppen, die nur Gesundheitsturnen in seinen modernen Formen pflegen, ist ein kräftiger Schritt in dieser Richtung. Vorbildlich ist die deutsche Arbeitersportbewegung, die mit ihrer Mitgliederzahl von über einer Million nicht allein verstanden hat, die Massen zu erfassen, sondern auch die Voraussetzungen des reinen Volkssportes erfüllt: neuzeitliche Körperkultur und Sportbetrieb, der jedem Arbeiter möglich ist und ihm Freude verschafft.

Es ist eine der Aufgaben, zu welcher die Partei berufen ist: Propaganda für die Körperkultur im Sinne des Volkssportes. Die sozialistische Gesellschaft soll Menschen bilden, geistig frei, erfüllt von Gemeinschaftssinn, körperlich gesund und harmonisch durchgebildet. Aber schon heute brauchen wir kräftige, mutige Kämpfer, die ihre Aufgabe in Partei und Gewerkschaft erfüllen können, ohne vorzeitig ihre Gesundheit zu zerstören. Dieser Gedanke ist noch lange nicht ganz in die Massen gedrungen.

Eine besondere Bedeutung hat die Parteipresse für die Aufklärung über das Wesen des Bürgersportes. Das wird uns sofort klar, wenn wir feststellen, daß der SATUS mit den Radfahrern und Naturfreunden etwa 13,000 aktive Mitglieder hat, während wenigstens 70,000 bis 80,000 Arbeiter in bürgerlichen Sportverbänden stecken. Ein großer Teil von ihnen ist politisch oder gewerkschaftlich organisiert. Sie sind sich oft der Tatsache gar nicht bewußt, daß sie im feindlichen Lager wirken. Oder sie beschwichtigen sich selbst mit der Feststellung, daß in dem Verein, dem sie angehören, keine Politik gemacht werde. Es muß auch durchaus zugegeben werden, daß es solche Vereine gibt, die in der großen Mehrheit aus Arbeitern bestehen, die sich eine bürgerliche Stellungnahme nicht gefallen lassen würden. Aber das ändert nicht, daß die sogenannten neutralen Verbände stets im entscheidenden Moment ihren bürgerlichen Charakter deutlich zum Ausdruck bringen, zum Schaden der Arbeiterschaft. Es ist hier nicht der Ort, jene vielen Einzelfälle aufzuzählen, in denen das wahre Gesicht zum Vorschein kam. Ein besonders deutliches Vorkommnis von grundsätzlicher Bedeutung soll aber doch aufgezeigt werden.

Der Eidgenössische Turnverein zieht die schulentlassene Jugend an sich durch die sogenannten Gratiskurse für Leibesübungen. Es handelt sich dabei um den freiwillig turnerischen Vorunterricht. Sämtliche Kosten werden vom Militärdepartement getragen. 1926 überlegte sich der SATUS, ob er sich diese Subventionen nicht auch geben lassen solle vom Bund, um die Arbeiterjugend für sich zu gewinnen. Die maßgebenden Behörden des Bundes verschärften dann ausgerechnet in diesem Zeitpunkt die Vorschriften für diese Kurse. In einer Sitzung mit dem Eidgenössischen Turnverein wurde bestimmt: «Bei der Ausbildung soll das moralische Element (Charakterbildung und vaterländische Gesinnung) besondere Betonung finden. Im weitem soll eine engere Verbindung des Vorunterrichtes mit der Armee und eine zweckmäßige Verwendung der Vorunterrichtsschüler in den Rekrutenschulen angestrebt werden. Als Ziel wurde anerkannt: körperliche, intellektuelle und moralische Erziehung der schweizerischen Jünglinge zu tüchtigen Staatsbürgern und Wehrmännern, die befähigt und gewillt sind, in Familie, Beruf und Gemeinwesen, im Frieden und im Krieg ihre Pflichten voll und ganz zu erfüllen.» Das war eine deutliche Absage an die Arbeiterturner, die dann auch selbstverständlich auf Subventionen unter solchen Bedingungen verzichteten. Kein klassenbewußter Arbeiter darf seine Kinder in solche Kurse schicken. Keiner sollte weiterhin einem Verband als Mitglied angehören, der bewußt und unverhüllt eine derartige Erziehungsarbeit leistet, die der sozialistischen Anschauung aufs schärfste widerspricht. Die Herren vom Eidgenössischen Turn-

verein und vom Militärdepartement waren sich klar darüber, welche enorme Bedeutung die Gewinnung der Jugend hat, und scheuten sich deshalb nicht, im entscheidenden Moment ihre patriotische Klasseneinstellung in aller Schärfe zur Geltung zu bringen. Wohl ist es für jene Genossen, die in bürgerlichen Vereinen aufgewachsen sind, vielleicht als es noch gar keine Arbeiterturnvereine gab, sehr schwer, die Ueberlieferung aufzugeben und überzutreten. Die Partei wird diese Genossen dazu nicht zwingen, aber sie kann von ihnen verlangen, daß sie ihre *aktive* Tätigkeit im bürgerlichen Lager einstellen. Diese Auffassung ist am Herbstparteitag 1927 der kantonal-zürcherischen Partei durch die Thesen des Genossen Nobs zum Beschluß erhoben worden und hat sich praktisch sehr gut ausgewirkt. Dieser Beschluß muß für die ganze Partei Geltung erhalten.

Als folgerichtig gilt dann unseres Erachtens, daß auch die Parteipresse die aktive Mitwirkung beim bürgerlichen Sport unterläßt. Einzelne Organe haben das schon getan, während andere mit größter Regelmäßigkeit ausführliche Berichte bürgerlicher Veranstaltungen bringen. Darin liegt ohne Zweifel eine enorme Propaganda für unseren Gegner, welche den Arbeitersport schwer schädigt. Dies darf nicht weiter geschehen aus Rücksicht auf jene Leser, die sich zu einer grundsätzlichen Einstellung noch nicht durchgearbeitet haben. Es ist doch ausgeschlossen, daß wir wirksam sie beeinflussen können für den Arbeitersport, wenn unsere eigene Presse sie mit bürgerlichen Berichten füttert.

In gleicher Weise müssen wir von den sozialistischen Behördemitgliedern erwarten, daß sie sich nicht dazu hergeben, bürgerlichen Festen als Dekoration zu dienen. Es wird nur selten Fälle geben, in denen nicht ebensogut ein bürgerlicher Vertreter die Behörde vertreten kann. Der wird doch viel eher den gewünschten Ton finden, wenn er eine Ansprache zu halten hat. Wenn die bürgerliche Presse mit Behagen meldet, daß einer unserer Führer solch einer Veranstaltung beiwohnte, wird das von den Sportgenossen jedesmal als harter Schlag empfunden. Wie sollen wir von der großen Masse Verständnis erhoffen, wenn führende Genossen die reinliche Scheidung nicht durchführen?

Auch aufbauend muß von den Parteihäuptern Konsequenz erwartet werden. Wir dürfen anerkennend feststellen, daß es hervorragende Vertrauensleute unserer Partei waren, welche die Verbandsfeste 1923 in Zürich und 1926 in Bern in so glänzender Weise organisiert haben. Wir müssen aber noch weiter gehen. In Anerkennung des Grundsatzes, daß der Arbeitersport der Volksgesundheit dient, stellen wir die Forderung an Staat und Gemeinwesen um wirksame Unterstützung. Die Anfänge sind gemacht. In verschiedenen Gemeinden sind ent-



sprechende Anträge und Motionen von unseren Genossen eingebracht worden, so auch in Zürich von Genosse Nobs. Im Nationalrat hat Genosse Reinhard vor einem Jahre die folgende Motion eingebracht, die wir hier wiedergeben wollen ihrer weittragenden, grundsätzlichen Bedeutung wegen:

«Erwägend, daß die Förderung der Turn- und Sportbewegung eine der besten Waffen im Kampfe gegen den Alkoholismus bildet, wird der Bundesrat eingeladen, die Frage zu prüfen und dem Parlament Bericht zu erstatten:

Ob nicht, unbeschadet der heute schon getroffenen Maßnahmen, ein besonderes Gesetz für die Förderung der Leibesübungen durch den Bund zu erlassen sei. — Darin wären zu berücksichtigen:

a) Unterstützung der Anlage von Sport- und Spielplätzen, Stadien, Turnhallen, Badeanstalten, Schwimmhallen und ähnlichen Anstalten durch den Bund, besonders in industriellen Ortschaften und in Berggegenden;

b) Unterstützung nur unter der Bedingung, daß alle Anlagen entweder unentgeltlich oder für geringes Entgelt benutzt werden können;

c) Schaffung einer besonderen Abteilung für Leibesübungen an der E. T. H. (Ausbau der jetzigen Dozentur);

d) Schaffung eines besonderen Turnlehrerdiploms von allgemeiner Gültigkeit;

e) vollständige Parität in der Gewährung von Subventionen an Sportorganisationen, unbekümmert um ihre konfessionelle oder politische Einstellung.»

Eine systematische Lösung, wie sie hier gefordert wird, wurde noch nirgends in der Schweiz versucht. Die einzelnen Fragen werden von Fall zu Fall einmal von dieser Behörde, dann wieder von einer anderen behandelt, mehr oder weniger fruchtlos. Für die größeren Gemeinden muß die Schaffung einer zentralen Stelle gefordert werden, wie sie in deutschen Städten als Amt für Leibesübungen längst erfolgreich wirken. Es muß ein Ueberblick über die in Frage stehenden Probleme vorhanden sein, sonst verzetteln sich die Kräfte, statt einem gründlich erwogenen Programm folgend aufzubauen. Es ist für uns klar, daß nur Sportanlagen geschaffen werden dürfen, die wirklich der Volksgesundheit dienen. Der Geschäftssport, der auch bei uns immer stärker ins Kraut schießt, ist selbst in der Lage, das Anlagekapital für seine profitablen Unternehmungen aufzubringen.

Wie ernst der bürgerliche Gegner diese Fragen nimmt, zeigt der jüngste schweizerische olympische Kongreß vom 17. Juni 1929 in Lausanne. «Er galt vornehmlich der moralischen Erziehung der Athleten. Hervorragende geistige Führer boten eine

ganze Reihe ausgezeichnete Referate», berichtet die «N. Z. Z.». Oberstkorpsskommandant Wildbolz verherrlichte die Schützenvereine und das Programm des turnerischen Vorunterrichtes, dessen klassengegnerische Tendenz wir schon beleuchtet haben. Nationalrat Dr. Vallotton verlangt: «Eidgenössische, kantonale und kommunale Behörden sollen den Sport als mächtiges Mittel zur moralischen und physischen Erziehung des Schweizer Volkes finanziell und moralisch unterstützen. Diese Unterstützung soll jedoch den Sportvereinen mit politischer Tendenz und dem Ziel der sozialen Revolution nicht zukommen.» Das ist die neueste und klarste Kampfansage an die Arbeitersportbewegung. Von bürgerlicher «Neutralität» das unzweifelhafteste Zeugnis. Unsere Partei muß dieser Einstellung gegenüber sich kräftig zur Wehr setzen im Sinne der Motion Reinhard.

Ein Problem ist für Partei-, Gewerkschafts- und Sportbewegung von gemeinsamer enormer Wichtigkeit: die Erfassung und Erziehung der Arbeiterjugend. Auf diesem Boden ist gemeinschaftliches Zusammenwirken unerläßlich. Wie oft hören wir aus den Reihen von Partei- und Gewerkschaftsführern, die dem Arbeitersport noch recht zweifelnd gegenüberstehen, die Klage, daß die Jugend nicht in die Organisation zu bringen sei. Gewöhnlich hören wir dann auch den Vorwurf, daß der Sport die Jugendlichen erst recht fernhalte. Es würde bedeuten, an Tatsächlichem vorbeizusehen, wenn wir dieses Grollen nicht verstehen wollten. Es ist so, daß der Trieb zu Spiel und körperlicher Entwicklung die Jungen an die Sportbewegung fesselt. Aber können wir erwarten, daß sie die Pflichten eines Gewerkschafters mit 18 Jahren gerne auf sich nehmen? Diese Arbeiten sind ihnen zu mühsam. Gereifte Erkenntnis fehlt ihnen gewöhnlich noch. Und das Leben in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation bietet ihnen zu wenig Befriedigung. Es ist zu trocken, zu langweilig. Jugendliche wollen lustbetonte Tätigkeit. Ausdauerndes, opferfreudiges Pflichtbewußtsein erhalten sie erst mit der wachsenden Klassenkenntnis. Wenn wir also die Jugendlichen gewinnen und beeinflussen wollen, dann müssen wir ihnen etwas bieten, das ihnen Freude bereitet und sie fesselt. Dann erst haben wir Gelegenheit, erzieherisch auf sie einzuwirken. Und dazu ist der Arbeitersport eine hervorragende Grundlage. Der Ausbau von gut geleiteten Jugendabteilungen zur Gewinnung und Erziehung der Arbeiterjugend ist eine Aufgabe, die nur von allen Organisationen gemeinsam verwirklicht werden kann. Für die Propaganda dienen Jugendfeste, Schulentlassenenfeiern. Eine solche ist dieses Frühjahr in Winterthur von der Arbeiterunion glänzend durchgeführt worden. Die Betätigung der Jugendlichen erfolgt durch die Turn- und Sportvereine. Die Erziehungsarbeit aber kann von ihnen nicht allein durchgeführt werden. Referate über gewerk-

schaftliche und politische Fragen in der üblichen Form interessieren nicht. Die Arbeiterbildungszentrale muß Lichtbildervorträge, Leseabende und dergleichen veranstalten, die den Jugendlichen zusagen und sie wirksam beeinflussen. Hier liegt ein weites Feld zur Bearbeitung vor uns. Selbstverständlich werden nicht alle jungen Arbeiter so erfaßt werden. Nicht alle wollen sich einem regelmäßigen Turn- oder Sportbetriebe unterziehen. Wo sozialistische Jugendgruppen oder solche der Gewerkschaften bestehen, soll diesen die Möglichkeit geboten werden, auf Sport- und Spielplätzen der Arbeiter-Turn- und Sportvereine sich nach eigenem Gutfinden zu betätigen. Material und nötige Leitung müßte ihnen zur Verfügung gestellt werden, ohne ihre Unabhängigkeit anzutasten. Ein solches Zusammenwirken haben die jungen Arbeiterinnen und Arbeiter Wiens prachtvoll organisiert, so daß alle mit höchster Befriedigung sich als Glieder der großen Familie, der Gesamtarbeiterschaft fühlen. Wenn auch wir dieses Ziel erreichen, dann sind wir einen gewaltigen Schritt vorwärts gekommen.

Die Arbeitersportbewegung hat grundsätzlich und praktisch nun eine solche Bedeutung gewonnen, daß die Partei zu den hier aufgeworfenen Fragen Stellung beziehen muß. Das Mißtrauen, das bei einzelnen Genossen noch nicht ganz ausgerottet ist, muß durch die praktische Zusammenarbeit endgültig beseitigt werden. Es sollte auch nicht wieder vorkommen, daß in wichtigen Fragen eine Sportorganisation Stellung nimmt für eine Vorlage und die Partei dagegen, wie dies kürzlich der Fall war bei der Straßengesetz-Initiative, nur weil die Fühlungnahme gefehlt hat. Es kann auch keine Rede davon sein, daß die Sportler nur Forderungen stellen und keine Pflichten erfüllen wollen. Treue gegen Treue. Für die sozialdemokratischen Sportgenossen ist nicht der geringste Zweifel offen, daß sie im Interesse der Gesamtbewegung zu arbeiten haben, ohne irgendwelche Sonderinteressen zu verfechten. Die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung ist ihre größte Stärke. Mögen diese Ausführungen deutlich gemacht haben, daß eine gemeinschaftliche Arbeit möglich und unerläßlich ist und dadurch zur Förderung dieser Geschlossenheit beitragen.

---

## Reform des deutschen Schlichtungswesens.

Von Amtsgerichtsrat *Marx*, Vorsitzender beim Arbeitsgericht Mannheim.

Deutschland ist einer der wenigen Staaten, dessen Schlichtungswesen nicht auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit, sondern auf dem Prinzip des Zwangsschiedsverfahrens aufgebaut ist.